

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: M. Heintmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorstand einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. R

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von
Joh. van Nieu in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.
22222222 Fernsprech-Nr. 1358. R

Nr. 35. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 29. August 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Zur Verbands-Generalversammlung.

Noch 14 Tage trennen uns vom Verbandstage. Die ausgiebig geführte Diskussion geht ihrem Ende zu. Daß unsere Kolleginnen und Kollegen der kommenden Generalversammlung ein ganz besonderes Interesse entgegenbringen, geht außer den zahlreichen Vorträgen aus den vielen Zuschriften hervor, die zur Augsburger Tagung Vorschläge machen und Stellung nahmen. Wenn auch der eine oder andere Vorschlag als nicht akzeptabel bezeichnet werden muß, so haben doch im allgemeinen die Einsender viel gelunden Gewerkschaftssinn gezeigt und den Delegierten und dem Zentralvorstande manchen praktischen Wink gegeben.

Die Diskussion im Organ hat gezeigt, daß die Ansichten der Mitglieder über diese und jene Frage stark differieren. Das ist natürlich. Es lehrt, daß man den Wünschen aller Mitglieder niemals gerecht werden kann. Aber es ist auch hinreichend auf einen Fehler, in den mancher der Einsender von Zuschriften hineingeraten ist: Man legt die besonderen Verhältnisse des eigenen Bezirks oder Ortes als Maßstab an für den Wert oder Unwert einer Sache. Und das ist zum Uebel. Richtungsgebend in der Organisation muß der Gedanke sein, wie dem Ganzen gedient ist. Beschlüsse wären überhaupt nicht möglich, wenn jeder Delegierte alle Fragen lediglich aus den Verhältnissen innerhalb seines Ortes heraus beurteilen würde. Wenn gezielte Arbeit geleistet werden soll, dann: „Als dienendes Glied füge ich in ein Ganzes mich ein!“ Wenn ein Delegierter sich in Augsburg nur als Vertreter seines eigenen Wahlbezirks betrachten würde, dann hätte er seinen Beruf als Delegierter tatsächlich verfehlt. Jeder einzelne ist verpflichtet, den Blick aufs Ganze zu richten. Wir wollen die Interessen unseres gesamten Verbandes beraten und nicht die einer einzelnen Ortsgruppe.

Und noch einen zweiten Fehler meinen wir in einigen Zuschriften gefunden zu haben: Die Rücksicht auf die besonderen ungünstigen Verhältnisse der jetzigen Krise. Wir haben bereits in dem Artikel „Weg mit dem Pessimismus“ in Nr. 30 unseres Organs darauf hingewiesen, daß es unbedingt zum großen Nachteil unserer Organisation auszusagen müßte, wenn bei den Beratungen und Vorschlägen zum Verbandstage die Mitglieder sich von der Krise beeinflussen ließen. Wir möchten das in dem genannten Artikel Gesagte hiermit wieder in Erinnerung gebracht haben. Es handelt sich in Augsburg nicht darum, wie unser Verband über die Zeit der schlechten Konjunktur hinwegkommt, sondern es kommt darauf an, wie er nach jeder Richtung hin den Ansprüchen gewachsen ist in schlechten und guten Zeiten. Die Stahlfabrik einer Organisation muß sich erweisen hauptsächlich zur Zeit regulären Geschäftsganges. Jeder vorwärtschauende Kollege weiß, daß er eine leistungsfähige Organisation bei eintretender guter Konjunktur notwendig hat, wenn er sich einen größeren Anteil an den Profitten des Unternehmens sichern will. Und vorwärts müssen alle Mitglieder schauen. Keiner darf sich durch die Krise bange machen lassen. Hoffnungsreich und mutig an die Arbeit gegangen, das Auge fest aufs Ziel gerichtet. Weg mit dem Pessimismus! Berner Sombart, der bekannte Volkswirtschaftler, sagt in seinem Buche „Die Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ u. a. ungeschminkt: „Die schlappste Zeit ist für den Unternehmer die Zeit der Sammlung, des Ueberlegens und Kalkulierens, wie er sein Geschäft bei eintretender guter Konjunktur in größerem Maße als bisher noch rentabel machen kann.“ Liegt in diesen Worten des großen Nationalökonomen nicht ein Wink für uns Arbeiter, nicht ganz besonders ein Wink für die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung?

Die Delegiertenwahlen haben das erfreuliche Ergebnis gezeigt, daß auch sieben Arbeiterinnen gewählt wurden. Das ist im Interesse aller Kolleginnen und unserer Bewegung freudig zu begrüßen. Die Kollegen haben durch diese Wahlen Gerechtigkeitssinn und Weitblick befundet. Weniger erfreulich ist dagegen die Stellung, die in einigen Bezirken bei der Proklamierung und Wahl der Delegierten gegenüber den Lokalbeamten eingenommen wurde. In einigen Bezirken hat man die Auffassung und Wahl der Lokalbeamten als Delegierte zum Verbandstage entschieden bekämpft, und nicht ohne Erfolg. Wir halten das für eine bedauerliche, die Interessen des Verbandes schädigende Tatsache. Etwas Ähnliches ist auch aus anderen christlichen Verbänden zu berichten. So läßt jüngst das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes folgende, beherzigenswerte Worte, die auch für unseren Verband passen dürften:

„Früher hat man in manchen Ortsgruppen mit aller Gewalt auf die Anstellung von Beamten gedrängt, man konnte nicht laut genug schreien, und heute, nachdem die Beamten da sind, werden ihnen allerschwerer Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bereitet. Gewiß nicht von allen Kollegen, das wäre eine ungerechte Verallgemeinerung.“

Woher diese Erscheinung? Die betr. Kollegen sind aus den gegnerischen Verbänden angeführt worden. Bewußt oder unbewußt hat das Mißtrauen gegen die Beamten in gegnerischen Verbänden auf sie abgefärbt, und die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung waren die passende Gelegenheit, wo sich diese Strömungen auslösen konnten, was denn auch geschehen ist.

In einigen Fällen haben auch noch andere, persönliche Motive mitgespielt, wo einzelne Mitglieder, deren persönliche Hoffnungen bei der Beamtenanstellung nicht erfüllt wurden, die Gegenströmung gegen die Beamten entfacht und genährt haben. . . . Doch diese Fälle scheiden aus unserer Diskussion aus, hier seien nur einige Gedanken auf die Ausführungen jener Kollegen erwidert, die — zweifellos in bester Absicht und gutem Glauben — gegen die Wahl von Beamten als Delegierten ihre Stimme erhoben, zum mindesten verlangten, daß mehr Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis auf der Generalversammlung zu Wort kämen.

Es ist schon wiederholt im Organ betont worden, auch aus Mitgliederkreisen heraus, daß unsere Beamten keine Mitglieder zweiter Klasse sind, mithin auch ohne jede Einschränkung wahlberechtigt sind. Der hier und da laut gewordene Vorwurf, als setze es ihnen am nötigen Rückgrad, ihrer Aufgabe als Delegierte gerecht zu werden, ist so absurd, daß eine nähere Widerlegung überflüssig ist. Es müßten wahrlich nette Beamten sein, die ihren Verband gegen alle Gegner von rechts und links verteidigen sollen, die als Vertreter der Kollegen den Unternehmern und Behörden gegenüber treten müssen, wenn diese selben Beamten nicht Mannes genug wären, auf der Generalversammlung ihrer Pflicht zu genügen. Wenn sie dazu nicht willens oder fähig wären, verdienten sie ohne weiteres mit Schimpf und Schanden aus ihrem Amte gejagt zu werden.

„Ja, wir wollen die Beamten auch nicht ausschließen, sondern die Generalversammlung soll nicht ausschließlich aus Beamten bestehen“, hören wir wieder sagen, wie es auch schon in der Diskussion geschah. Wer hat denn jemals das verlangt oder als wünschenswert hingestellt? Abgesehen von der Unmöglichkeit dieses Gedankens, da hierfür gar nicht genug Beamte da sind. Die Kollegen polemisieren also gegen Einbildungen, die nur als Folgen einer Inflation von außen zu betrachten sind.

Dann aber eine andere Seite! Wer eignet sich denn mehr zum Delegierten, der Beamte, der in Folge seiner Tätigkeit ganz von selbst einen weiten Blick hat, die Zusammenhänge kennt, über die nötigen Erfahrungen verfügt, um praktische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, oder ein Kollege aus dem Arbeitsverhältnis, der — und mag er der fleißigste und fähigste Kollege sein — nicht über die Erfahrungen und die Ueberblick verfügen kann, wie ein freigestellter Beamter? Mehrere Kollegen haben in den Stimmen diese Frage ja mit erfreulicher Deutlichkeit betont, dabei auch sehr treffend auf die Zustände im kirchlichen Dunderfchen Verbands hingewiesen. Dort sind die Beamten laut Beschluß eines Verbandstages von den Generalversammlungen ausgeschlossen. Haben nun diese von den Beamten „gereinigten“ kirchlichen Verbandsstage großartige, weitbewegende Beschlüsse gefaßt? Wünscht sich ein Kollege in unserem Verband vielleicht die D.-D. Zustände? Und jetzt sieht man im H.-D. Lager auch selbst ein, daß dieser Zustand unhaltbar ist, und nicht nur die Verbandsleitung, sondern auch einzelne Mitglieder verlangen um „Regulator“ eine anderweitige Regelung dieser Frage. Mit ihrer vermeintlichen „Demokratie“ sind sie in eine Sackgasse hinein geraten, aus der sie lieber heute wie morgen wieder heraus wären.“

Soweit das Organ des Metallarbeiterverbandes. Wir fügen noch hinzu: Ein geistliches Verhältnis zwischen Mitglieder, Vorstand und Beamten wird nicht dadurch gefördert, daß man letzteren von der Vertretung auf dem Verbandstage ausschließt. Wenn der freigestellte Kollege freudig an die nicht kleine Arbeit gehen soll, dann muß er sich des vollen Vertrauens der Mitglieder und des Vorstandes bewußt sein können. Andernfalls ist eine gründliche Arbeit gar nicht denkbar. Und das Vertrauen soll in erster Linie zum Ausdruck kommen, wenn die Mitglieder Vertrauensposten zu vergeben haben. Tatsächlich wird der Kollege niederen Ranges, der auf Grund seiner Beamtstellung von der Vertretung ausgeschlossen wird. Man nimmt dadurch den Beamten die Freude zur Arbeit, und überhaupt den tüchtigen Kollegen die Lust, einen Posten als Lokalbeamter überhaupt noch anzunehmen.

Wir reumärrigen und sagen nochmals, es ist gefährlich und für unsere Weiterentwicklung hinderlich, wenn Gegenläge und Mißtrauen zwischen Mitgliedern und Beamten auf Grund einer falsch verstandenen Demokratie künstlich erzeugt werden. Möge diese Strömung keine weitere Nahrung finden, damit uns solche Zustände, wie im gegnerischen Lager, erspart bleiben.

Vielleicht geht der eine oder andere Delegierte mit der Absicht nach Augsburg, dort mal „gründlich loszuliegen“. Wir raten diesem in seinem eigenen Interesse, seine Kampfeslust vorher nur gründlich abklären zu lassen. Für Straßhererei ist keine Zeit und Gelegenheit auf dem Verbandstage. Eine ruhige, sachliche, und wenn nötig scharfe Kritik wird uns muß jeder, auch die Zentralleitung und der Beamte vertragen können. Aber die Kritik muß berechtigt und gerecht sein. Nur dann wird unsere gesamte Bewegung davon profitieren.

Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung.
Man schreie uns aus Straßburg:
Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit, soweit sie jetzt infolge des schlechten Geschäftsganges eingetreten ist, fehlt uns fast jede rechnerische Unterlage. Wollen wir Zahlen bezüglich der in Deutschland zu einer bestimmten Zeit beschäftigungslos gewesenen Ar-

beiter, so müssen wir auf die Gewerbebevölkerung von 1896 zurückgreifen. Nach dieser waren ohne Arbeit: im Sommer 1895 179 000 Arbeiter, im Winter 1895 553 000 Arbeiter.

Aus Amerika liegen folgende Zahlen vor über die aus Anlaß der jetzigen Krise außer Arbeit gekommenen Arbeiter: Ungelehrte Arbeiter wurden etwa 300 000 entlassen. Die Gesamtzahl der entlassenen gelehrten, qualifizierten Arbeiter beläuft sich auf 178 000. Die Hauptzahl fällt auf die Eisen- und Stahlindustrie (40 800), die nächsthöchste liefert die Eisenbahnabteilung (34 000), elektrische Industrie (19 500), Textilindustrie (15 000), Kupferindustrie (15 000), Armaturenindustrie (10 000), verschiedene Industrien (37 000). Wohnungseinrichtung (25 000), verschiedene Arbeiter in New-York (5000), so daß die Gesamtzahl der durch die Krise entlassenen Arbeiter nicht weit von einer halben Million entfernt sein dürfte.

England besitzt eine offizielle Arbeitslosenstatistik, welche dadurch zustande kommt, daß die Gewerkschaften dem Arbeitsamt allmonatlich die Zahl ihrer beschäftigungslosen Mitglieder angeben. Weil von dieser Versicherung gerade die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erfasst werden, so haben die betreffenden Zahlen für uns ein ganz besonderes Interesse. In der Zeit von 1897 bis 1907 betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen in den englischen Gewerkschaften:

| | | |
|----------------|----------------|----------------|
| 1897 . . . 3,5 | 1901 . . . 3,8 | 1905 . . . 5,4 |
| 1898 . . . 3,0 | 1902 . . . 4,4 | 1906 . . . 4,1 |
| 1899 . . . 2,4 | 1903 . . . 5,1 | 1907 . . . 4,2 |
| 1900 . . . 2,9 | 1904 . . . 6,5 | |

Demnach stand der Prozentsatz für das Jahr 1907 zwar nicht gerade am höchsten, doch wurden für Dezember 1907 6,1 Prozent gemeldet, eine Zahl, die nach obigen Angaben nur vom Durchschnitt des Jahres 1904 überstiegen wurde.

Werden wir nun in unserem Verbands mit einem starken Auftreten der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben? Manche Mitglieder glauben das verneinen zu können, indem sie anführen, daß die Fabrikanten doch immer mehr dazu übergingen, statt Arbeiter zu entlassen, die Zahl der Arbeitsstunden einzuschränken. Das trifft ja manchmal zu, und die organisierten Arbeiter drängen auch selbst nach dieser Richtung — aber es trifft doch nur unter bestimmten Voraussetzungen und Verhältnissen zu. Das wird uns ohne weiteres klar, wenn wir uns die Ursachen der Arbeitslosigkeit etwas näher ansehen. Es ist zwar unmöglich, alle die tausenderlei Gründe anzuführen, welche in einzelnen Fällen dazu führen, daß der Arbeiter trotz seines guten Willens und trotz seiner Fähigkeit zu arbeiten, arbeitslos wird. Es seien hier nur die Ursachen genannt, durch welche ganze Kategorien von Arbeitern Opfer der Arbeitslosigkeit werden können. Da wären wohl in erster Linie die für die Exportindustrien so verhängnisvollen Absatzrückgänge zu nennen. Diplomatische Verwicklungen, Zollpolitik oder die technische Entwicklung in einem Abzweiglande können die Absatzmöglichkeit nach demselben fast ganz unterbinden. Die Aufsuchung neuer Absatzgebiete (sofern solche für die betreffende Industrie überhaupt gefunden werden) bedeutet für die Arbeiter verminderte Arbeitsgelegenheit — für viele Arbeitslosigkeit.

Es ist bekannt, daß fast alle Spezialbranchen der Textilindustrie den Launen der Mode unterworfen sind. So haben wir am Niederkommen die Tatsache zu verzeichnen, daß fast nie zugleich die Seide und der Samt gut geht. Marchiert das eine, so hinkt das andere und ebenso umgekehrt.

Technische Neuerungen können ebenfalls periodisch zu Arbeiterentlassungen führen. Wer garantiert übrigens dafür, daß die angeführten Gründe immer vereinzelt auftreten, daß nicht einmal der eine mit dem anderen zusammen trifft?

Weiter: Welcher Kollege hat nicht schon für kürzere oder längere Zeit feiern müssen, weil infolge von Brand, Maschinendefekt usw. der Betrieb stockte? Es hat unsern Zentralvorstande gewiß leid getan, wenn er die Unterstützungsanträge solcherart heimgesuchten Arbeiter ablehnen mußte, weil das Statut ihm keine Handhabe bot. Durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll das anders werden.

Raum besonders genannt zu werden braucht wohl die hohe Arbeitslosenziffer zur Zeit der Krisen, die gewissermaßen als die natürliche Reaktion auf vorhergehende Hochkonjunkturen eintreten. Stehen wir doch augenblicklich bis über die Ohren in einer solchen.

Darum Kollegen, täuschen wir uns nicht mit Redensarten über den Ernst der Situation hinweg, sondern beherzigen wir das Sprichwort: Der Kluge Mann baut vor!

Der Formalismus im Arbeiterversicherungsrecht.
In den nächsten Monaten werden im Reichsamt des Innern die Entwürfe der neuen Arbeiterversicherungs-gesetze fertiggestellt werden. Die weitere Öffentlichkeit hat sich mit der Umänderung des geltenden Rechtes überwiegend nur insoweit beschäftigt, als es sich um Fragen organisatorischer Art handelte oder um die Erweiterung des Kreises der versicherten Personen. Weniger interessiert hat man sich für die Neufassung der einzelnen gesetzlichen Bestimmungen, für die Befreiung der in überreicher Zahl vorkommenden Klippen, an denen zurzeit die Ansprüche

der Versicherten immer und immer wieder scheitern, für die Begründung formaler Schranken, für die bessere Durchdenkung des ganzen Stoffes. Und doch muß darauf gedrungen werden, daß auch nach dieser Richtung hin die bessere Hand an die Arbeiterversicherungs-gesetze gelegt wird. Das Recht muß so gestaltet werden, daß der Versicherte es verstehen kann. Vor allem aber muß verhütet werden, daß wohl erworbene Ansprüche aus den Versicherungs-gesetzen wegen irgend eines Formfehlers verloren gehen. In diesem Punkte sieht es zurzeit bis genau aus. Der Sachmann weiß ein Lied davon zu singen. Seine Praxis führt ihm fast täglich deraartige Fälle vor Augen. Für den Nichtfachmann seien hier einige Beispiele vorgeführt, die da zeigen, von welchen Kleinigkeiten ein Anspruch manchmal abhängig ist.

Zwei Handwerkergehilfen sind nach längerer Zeit der Arbeitslosigkeit an einem Montage bei einem Meister in Arbeit getreten und werden dadurch wieder Mitglied einer Ortskrankenkasse. Am nächsten Montag Nachmittag werden sie aus der Arbeit entlassen und bleiben wieder arbeitslos. Am Donnerstag derselben Woche machen sie gemeinsam einen Spaziergang und erleiden dabei einen Unfall, durch den sie beide krank und erwerbsunfähig werden. Am nächsten Tage geht der eine der beiden Handwerkergehilfen zur Krankenkasse und verlangt Krankenunterstützung, wird aber abgewiesen, da er nicht mehr Mitglied der Krankenkasse ist. Die Auffassung der Krankenkasse ist formal richtig. Mit der Entlassung aus der Arbeit war auch die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse erloschen, obwohl der Beitrag noch für die ganze Woche bezahlt war. Zwar hätte der Geselle innerhalb einer Woche nach dem Ausschneiden aus der Arbeit die Erklärung abgegeben können, daß er freiwilliges Mitglied der Kasse bleiben wolle. Er hat dies aber nicht getan. Wenige Stunden später geht der zweite Geselle zur Krankenkasse. Er hatte sich vorher an sachverständiger Stelle Rat geholt und erklärt daher zunächst: „Ich will freiwilliges Mitglied der Krankenkasse bleiben.“ Diese Erklärung kostet ihm keinen Pfennig. Denn für die laufende Woche ist der Beitrag schon bezahlt und für die folgenden Wochen sind Beiträge nicht zu leisten, da Erwerbsunfähigkeit besteht. Nachdem also unser Geselle die Erklärung abgegeben hat, schließt er daran die Forderung nach Krankenunterstützung, — die er denn auch erhält. Man beachte also: Der Anspruch auf Krankenunterstützung ist davon abhängig, daß der Kranke die Formel spricht: „Ich will freiwilliges Mitglied der Kasse bleiben.“ Wer diese Zauberformel kennt, erhält die Krankenunterstützung, der Unersahrene — und die meisten Versicherten sind so lange unersahrene, bis ihnen die Sache selbst passiert ist —, der die Formel nicht kennt, geht leer aus.

Sollte deraartiges in einem Arbeiterversicherungs-gesetz möglich sein? Wer etwa zum Worte Bureaucratismus greifen will, mag bedenken, daß es die Krankenkassen mit ihrem freien Selbstverwaltungrecht sind, die diese Sache angeht. Kein Bureaucrat hat da mitzureden. Wichtig ist, daß die Krankenkassen diesen ungeheuerlichen Zustand dadurch aus der Welt schaffen können, daß sie den Versicherten veranlassen, die Formel auszusprechen. Leider geschieht dies nicht immer, wie ich aus meiner eigenen Praxis und auch aus der Literatur nachweisen könnte. Die Kassenbeamten fühlen sich leider nicht selten berufen, nur die Interessen der Kasse, nicht die der einzelnen Versicherten wahrzunehmen. Wieviel kommt auch der Rat der Kassenbeamten zu spät, nämlich dann, wenn der Kranke nach auswärtig verzogen ist und seine Ansprüche schriftlich anmeldet. Man hat keine Kasse wird überdies diesen Kunstgriff selbst nicht kennen.

Nun ein weiteres Beispiel aus dem Invalidenversicherungsrecht. Die Ansprüche aus allen geleisteten Invalidenversicherungsbeiträgen erlöschen, wenn in zwei Jahren von Ausstellungs-tage einer Karte an gerechnet nicht mindestens 20 Beitragsmarken geleistet werden. Welche Fälle von juristischen Zweifeln, welche Umwege von Fend und Verbitterung diese Bestimmung hervorgerufen hat, kann nur derjenige beurteilen, der in der Praxis steht. Das nachstehende Beispiel wird aber auch dem Laien eine Vorstellung davon geben, wie dringend abänderungsbedürftig diese Bestimmung ist.

In einem anderen Falle hatte sich gleichfalls eine Veteranin der Arbeit weiterversichert. Sie wußte genau, daß sie in je zwei Jahren mindestens 20 Markten leben mußte und tat dies auch. Einmal aber verzählte sie sich und lebte nur 18 Markten. Und der Beamte der Aufrechnungsstelle, dem die Karte zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer vorgelegt wurde, verzählte sich gleichfalls und bescheinigte, daß die Karte 20 Markten enthielte. Sie enthielt aber nur 18 Markten, konnte auch nach Lage der Sache nicht mehr enthalten haben. Und dieser Irrtum brachte die Frau nach langjähriger Beitragsleistung um ihre Ansprüche auf Rente, denn das Gesetz verlangt in zwei Jahren mindestens 20 Markten. Man kann sich in die Gesühle einer solchen Frau hineinsetzen. Man darf sich aber auch nicht wundern, wenn in einem Dorfe, in dem ein solcher Fall vorkommt, die Stimmung der Einwohner den Arbeiterversicherungs-gesetzen gegenüber nicht gerade eine freundliche ist.

Ich will die Beispiele hier nicht häufen und für das Unfallversicherungsrecht nur noch an die ominösen §§ 25, 26 des Gewerbe-Unfallversicherungs-gesetzes erinnern. Deraartige Bestimmungen, die leider noch in großer Zahl vorhanden sind, müssen unbedingt

*) Referat Seimanns in der „Sozialen Praxis“.

verschwinden. Das Arbeiterversicherungs-gesetz muß durchdringt sein und so gefaßt werden, daß nicht wegen geringfügiger Verletzungen verurteilt gehen. Und diese Arbeit muß von derjenigen Stelle geleistet werden, die den Geheultourist fertig stellt. Mit einer Publikation des Entwurfs ist es nicht getan, denn wer hätte neben seiner Berufstätigkeit Zeit, sich so eingehend mit allen Einzelheiten zu beschäftigen, zumal wenn die Publikation des Entwurfs, wie es den Anschein hat, erst in letzter Stunde erfolgt! Auch im Reichstage ist kaum der Ort, nach dieser Richtung hin alle Härten und Klippen zu beseitigen. Daß die bisherigen Gesetze derartige Bestimmungen enthalten, ist bei der Neuheit des Stoffes verständlich. Bei einer Neuordnung der Gesetze müssen aber alle diese Mängel, die sich in der Praxis gezeigt haben, beseitigt werden.

Arbeiterin und Gewerkschaft.

Die Gewinnung der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften gehört unstreitig zu den schwierigsten Organisationsarbeiten. Wenn die Bemühungen in den letzten Jahren auch größere Erfolge aufzuweisen haben, so ist doch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen im Vergleich zu den in der Industrie beschäftigten weiblichen Personen verschwindend klein. Dieser Mangel macht sich ganz besonders in der Textilindustrie bitter fühlbar. Darum muß gerade in diesem Gewerbe eine unermüdbare Agitationsarbeit geleistet werden.

In Nr. 16 heisst die „Christliche Arbeiterin“, Verbandsorgan für Arbeiterinnenvereine, in knappen Zügen, aber doch treffend die Ursachen des mangelhaften gewerkschaftlichen Interesses unter den Kolleginnen. Es heisst da:

Die Arbeiterinnen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Auf der kürzlich in Leipzig abgehaltenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wurde die Zahl der weiblichen Mitglieder auf rund 50 000 angegeben. Vor 10 Jahren waren ihrer erst 3750. Auch die andern sozialdemokratischen Gewerkschaften haben ähnliche Erfolge in der Agitation unter den Arbeiterinnen zu verzeichnen. Im „freien“ Metallarbeiterverband sind im Jahre 1906 14 973, im Buchbinderverband 8621, im Holzarbeiterverband über 4000, im Schneiderverband rund 4000, im Verband der Handels-, Transport- und Verlagsarbeiter 2546, im Brauereiarbeiterverband 526, in dem noch sehr jungen und kleinen Verband der Portefeuillier 457 Frauen und Mädchen vereint. Der Verband der Hülfearbeiter und Arbeiterinnen in Buch- und Steinbrudereien, der Anfang Juni dieses Jahres in München seinen 4. Verbandstag abhielt, wird gar von einer weiblichen Person, Paula Schiede, geleitet und zählt gut dazu, denn er weist unter insgesamt 14 183 Mitgliedern über 8000 Arbeiterinnen auf. Bei den oben angeführten Verbänden wuchsen natürlich bis heute die Ziffern auch weiter.

Heute können die sozialdemokratischen Gewerkschaften insgesamt über 120 000 Arbeiterinnen zu den ihren zählen. Das ist unzweifelhaft eine respektable Leistung, um so beachtenswerter, als doch bislang der größte Teil der weiblichen Arbeiterkraft den wirtschaftlichen Organisationen verständnislos, gleichgültig oder gar feindselig gegenüberstand. Die Sozialdemokraten sind aber weit davon entfernt, sich des Errungenen in latter Zufriedenheit zu freuen. „Rum 10 Prozent, die zu uns stehen“, sagen sie. Der Gedanke an die vielen, die noch zu erobern sind, spornt sie zu immer eifriger werdendem Werden.

Arbeiterinnen und christliche Gewerkschaften.

Wohl haben auch die christlichen Gewerkschaftler einzelner Berufe in ihren Kolleginnen Mitarbeiterinnen und Mitkämpferinnen für die Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes gefunden. Zieht man alle die Schwierigkeiten in Betracht, die sich der Massengewinnung der in der Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen für unsere Verbände entgegenstellen, so darf man ruhig von einem Erfolge reden, trotzdem erst rund 25 000 Arbeiterinnen im christl. Lager stehen. Es ist das ein Erfolg, wie gesagt, aber gewiss kein zufriedenstellender. Woran liegt es, daß wir nicht schneller vorwärts kommen?

Zunächst fehlen bei der Mehrzahl der Arbeiterinnen die geistigen Voraussetzungen, deren Vorhandensein zu gewerkschaftlichem Denken und Handeln unbedingt notwendig ist. Es fehlt bei vielen das Nachdenken über den Zusammenhang der Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer, über die Bestimmungen des Arbeitsvertrages, über Arbeitszeiten und Arbeitsleistung, über Gewerkschaftsorganisation und Arbeiterstandsfragen. Und was ist die Ursache dieses Fehlens? Die heißt es eben untersuchen.

Was die Männer sagen.

Sie geben einzig und allein der weiblichen Oberächlichkeit und Gleichgültigkeit die Schuld, daß die Gewerkschaftsorganisation der christlichen Arbeiterinnen so wenig voranschreitet. Dabei denken sie an die stets larmende, bei jedem Wog so schillernde Big laut aufschreiende, auffallend gekleidete und unermüdblich nach Vergnügen verlangende Arbeiterin, oder an die andere, die still in sich gekehrt, pflichteifrig und fromm ihr Lagerwerk schneid. Ein und wieder unermüdet ja der und jener Kollege den Versuch, die Kolleginnen zu interessieren. Selbigs jedoch nicht gleich, oder brüchelt von dem mühsamen Angeheben ein Stein um den andern ab, oder bricht das ganze wieder zusammen, dann ist's aus mit allem Eifer. „Lange Haare, kurzer Verband. Da ist nichts zu machen.“ Ein Aufgeblasener; die Geschickte ist für ihn erledigt. Doch wir sagen:

Die Männer haben Schuld.

Ihre Reden, der Gleichgültigkeit der christlichen Arbeiterin den geringen Erfolg ihrer Organisationsbemühungen zu schreiben, ist zwar bequem, aber gerecht ist sie nicht. Und vor allem: sie ändert und bessert nichts. Es soll aber doch geändert und gebessert werden. Da heisst's tiefer forschen. Freilich müssen die Männer dann manche härtere Wahrheit schauen. Sollen sie dem antworten? Dann müßten ihnen vielleicht, daß sie einen großen, wenn nicht den größten Teil der Schuld an der besagten Oberächlichkeit und Gleichgültigkeit ihrer weiblichen Arbeiterinnen auf dem Gewissen haben? Wir sehen es ihnen schon verächtlich an die Mundwinkel zucken. „Keine Behauptungen“ brummt der eine. „Dummes Zeug“ lacht der andere. Nun, die Behauptungen werden bewiesen.

Es ist eine durch kein Brummen und Knurren wegzuleugnende Tatsache, daß der Frauenwelt bis in die jüngste Zeit hinein eine einseitige Erziehung zuteil wurde. Man erzog sie nur für ein „häusliches Leben“, auch da noch, als die Verhältnisse lausende und dann Hunderttausende von Frauen und Mädchen aus dem Hause gerissen und mitten ins Leben mit seinem Drängen und Lärmen, seinen Stürmen und Kämpfen hineingestellt hatte. Nicht so sehr aus Absicht, sondern der lieben alten Gewohnheit folgend, aus lauter Unverstand und Bequemlichkeit — die der „weiblichen Oberächlichkeit und Gleichgültigkeit“ vorzuziehen ist —, blind gegen sich aufdrängende Notwendigkeiten. Regte sich bei Frau, Tochter oder Schwester einmal der Wunsch, näheres über den „Verband“ zu erfahren, von dessen Existenz sie durch Beitragszettel, Versammlungsbuch und Letztlich der männlichen Familienmitglieder wußten, dann hieß es einfach, je nach Charakter oder Laune des Betragten kurz abweisend, ein bisschen spöttisch, leise bedauernd: „Davon versteht ihr nichts!“ Nun, das Versehen anzubahnen, war die beste Gelegenheit sich bot, fiel keinem ein. Das Jahrzehnt der Gewerkschaftsarbeit hat bei den christlichen Arbeiterinnen wenig nach der Richtung geändert. Selbst tüchtige Gewerkschaftler, solche, die in der Bewegung ein Amt bekleiden, wollen nichts von Versammlungen zu besuchenden, sich gewerkschaftlich betätigenden Frauen wissen. Möglich, daß sie in der Deffektivität für Heranziehung der Kolleginnen sind, nur Frau und Tochter sollen ihnen hübsch dabei bleiben. All das trug dazu bei, die Eigenart des weiblichen Charakters, die Scheu und Angst vor allem, was sich außerhalb des Hauses, in der Deffektivität, nach dazu unter Kampfererscheinungen abspielt, nur schärfer auszubilden.

Zu der einseitigen Erziehung, die sich aus der Vergangenheit erklären läßt, kommt als direkte persönliche Schuld der Männer, für die es keine Entschuldigung gibt, das Verhalten zu vieler, besonders jüngerer Kollegen, den Arbeiterinnen gegenüber. Im Verkehr mit letztern lassen sie es an Ernst und Achtung fehlen. Statt in ihnen die Mitarbeiterinnen zu sehen, deren Rat und Erfahrung man hochschätzt, deren Betätigung in der Bewegung man für unerlässlich hält, sind sie den Männern meist nur gut genug zu Tadel und leichtfertigerem Spiel. Wieviel der „Oberächlichkeit“ mag auf dies Konto fallen? Was Wunder, wenn die Arbeiterin schließlich selbst glaubt, Denken sei nicht ihre Sache, sie sei zu erstem Schaffen unajähig.

Der Frauen Fehler.

Wir wollen nicht in den Fehler der Einseitigkeit fallen, wenn wir den Gründen des mangelhaften gewerkschaftlichen Interesses der christlichen Arbeiterinnen nachforschen. Wir wissen, daß wir, die Arbeiterinnen, vieles unterlassen haben, daß manche nichts unternehmen, um wissen zu werden, daß andere Aug und Ohr hartnäckig verschließen, weil sie nicht wissen werden wollen, um nicht Opfer bringen zu müssen, daß manche gar die Religion vortreiben, um stillgenug und selbstzufrieden, statt ringend und strebend weiterleben zu können. Aber wir sind ja daran, gut zu machen. Nur wird und kann unsere Kraft allein nicht ausreichen dazu. Es bedarf des gemeinsamen Wirkens.

Gedankenplitter.

Ein Kollege aus Sachsen schickt uns folgende Zuschrift: „Das Gute bricht sich Bahn“, sagt ein bekanntes Sprichwort. Auch an den gewerkschaftlichen Bestrebungen aller Richtungen wird es sich bemächtigen, was gut und möglich ist. Von unsern Wünschen und Hoffen wird gerade soviel verwirklicht werden, als wir dem großen Ganzen verständlich machen und sich mit dem Interesse des Ganzen verträglich. Selbstverständlich gehen Gefinnungsänderungen in einer so tiefen Frage wie die der sozialen nicht mit Göttergewalt vor sich; es dauert lange, ehe ein guter oder neuer Gedanke festgewurzelt ist. Aber endlich wird er durch durchdringen.

Nicht als kleinliche, billige Kritik an unsern Einrichtungen oder gar an Personen möchte ich das Nachfolgende angesetzt wissen, sondern als Beitrag dazu, von unsern Einrichtungen und Bestrebungen recht vieles als gut empfehlen zu können. Zuerst möchte ich die Frage aufwerfen: Wie kommt es, daß, obgleich uns eine ganze Welt von den Sozials trennt, wir stets mit demselben in einen Topf geworfen werden? Warum wir den Notizen auch zuviel nach? Das wäre nicht zu rechtfertigen. (Zunächst die christlichen Gewerkschaften das dem? D. R.) Bei den Sozials ist die Gewerkschaftsarbeit mehr Mittel zur Stärkung der sozialistischen Ideen, während bei uns die wirtschaftliche und geistige Hebung des Arbeiterstandes Selbst- und Endzweck ist. Weil unser Ziel ein anderes ist als das der „freien“ Gewerkschaften, darum muß auch unsere gewerkschaftliche Praxis von der der „Freien“ verschieden sein. Als eine Einrichtung, die einerseits das Beste unserer Verbände treffend charakterisiert und andererseits gute Gründe vorbringt, möchte ich dringend das Schieds- und Schlichtungsverfahren empfehlen. Ausser demselben mit allen zur möglichen Mittel nach jeder Richtung! Auch bei unsern wirtschaftlichen Kämpfen gilt das Wort: „Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Zwang.“ Nicht das gewalttätige Durchdringen einer Forderung, was sie klein oder groß sein, schließt immer den Erfolg, sondern jeder Schritt der Erkenntnis bei andern Erwerbsklassen, daß der Arbeiter bisher zu kurz gekommen ist, bringt uns der wirtschaftlichen Anerkennung und Gleichberechtigung näher. Die Sozials können sich manches gegenseitig, was uns sehr verärgert wird.

Auch in Bezug auf Mitgliederbeiträge und Leistungen hätte ich die Vorüber der Notizen durchaus nicht für so schön, daß wir sie nachmachen müßten. Wir haben erst vor kurzer Zeit die Beiträge erhöht, weshalb können wieder? (Weil es bitter notwendig ist. D. R.) Die „Freien“ sind Klassenkämpfer, wir um Gleichberechtigung ringende Arbeiter. Jeder Streit ist bei ihnen zugleich eine Agitation für ihre politische Partei, für uns kommt neben den Erfolgen an Lohn und Arbeitszeit ganz wesentlich unsere Stellung zu andern Erwerbsklassen, auch zu den Arbeitgebern, Bedenken aus in Frage. Wir brauchen und dürfen um mancheres Wohlwollen bitten, dürfen aber auch niemals dankbar sein, wenn wir dazu nicht gezwungen werden. Destere und höhere Wohlwollen ist nicht nur jener verdienten, sondern sie verdienen auch die Arbeitgeber zusammen, vorher aus der Perspektive anderer Stände. Und

die Opposition aus Arbeiterkreisen gegen die Gewerkschaft wird dadurch härter und — gelassener. Das Emporsteigen der vaterländischen, reichstreuen und sonstigen Arbeitervereine ist keine Zufallserscheinung, sondern eine Folgeerscheinung radikaler Gewerkschaftspraxis. Ein Schulbeispiel dafür ist Crimmitschau. Hier gab es vor dem schweren Streit wohl die bestorganisierte Arbeiterkraft im „deutschen“ Verband und vielleicht auch in ganz Deutschland. Nur eine verhältnismäßig kleine Zahl ging außerhalb des Verbandes ihre eignen Wege; die Fabrikanten hatten kaum den Anfang zu einer Organisation. Und jetzt? Sämtliche Fabrikanten eines großen Gebietes sind jetzt zusammengeschlossen; ungefähr 2500 Arbeiter sind in vaterländischen Arbeitervereinen als Schutztruppe der Unternehmer gegen freibeitlich denkende Arbeitstollegen organisiert. Das Erwerben und Wachsen von Standesehre und Standesbewußtsein ist eben nicht so schnell fortgeschritten, als das Wachsen der gewerkschaftlichen Organisationen und deren Kraftauswirkungen. Das ist traurig, aber wir müssen dem Rechnung tragen. Ich empfehle für unsern Verband folgendes Beitragsystem: Die 25 Pfg. Klasse kann wegfallen, zur Not auch die 15 Pfg. Klasse, die übrigen aber, also von 15 resp. 20 Pfg. bis 60 Pfg. müssen vollständig frei wählbar sein. Dann kann vielleicht auch von 40 Pfg. ab Erwerbslosenunterstützung gewährt werden. Selbstverständlich müssen die Leistungen so bemessen werden, daß der Verband gut bestehen kann. Das ist vielleicht in der ersten Zeit für die Kaffierer etwas umständlicher, ist aber im Interesse der Agitation unter den Nichtorganisierten unbedingt notwendig. Die Parole muß heißen: Alle in dem Verband christl. Textilarbeiter! Dort muß dann erst Standesbewußtsein, Standesehre und gewerkschaftliche Disziplin gewekt und gepflegt werden. Das geht nicht von selbst; dazu müssen wir durch Verbandsorgan und Mitgliederversammlungen erziehen. Aber erst hinein in den Verband!

Es steht auch zu erwarten, daß mit zunehmender Erkenntnis der Standespflichten sich eine ziemliche Gleichmässigkeit im Beitragszahlen von selbst ergibt. Es schadet auch garnicht, wenn ein Mitglied später in eine niedrige Beitragsklasse zurückgehen will, nur muß es dann auch sofort die niederen Unterstützungsätze annehmen. Besser niedere Beitragsklassen als keine Mitglieder.

Nach diesen mehr internen Aufgaben möchte ich noch zwei andere Forderungen stellen, deren Verwirklichung Aufgabe unserer politisch tätigen Kollegen ist. Wir haben in Deutschland Schutzkölle auf alle möglichen lebenden und toten Waren, nur die edelste und wesentlichste, die unser ganzes Vermögen ausmacht, die Arbeitskraft kann schußlos eingeführt, verschachert und auch verschleudert werden. Was nützt unsere Arbeit, wenn immer neue Massen billiger und williger ausländischer Arbeiter eingeführt werden? Es wird wohl der internationalen Verträge halber eine schwierige Sache sein, aber auf jeden Fall können wohl Arbeitgeber, welche Ausländer beschäftigen oder gar einführen, zu einer entsprechenden Abgabe verpflichtet werden. Vielleicht nimmt einmal einer der besser unterrichteten Kollegen diese Sache in die Hand.

Als letzte und vielleicht wichtigste Forderung möchte ich die der Mädchenerziehung nennen. Es ist anzunehmen: Das vorletzte Schuljahr gebe mindestens die Hälfte aller Schulkindern frei für weibliche Handarbeiten (Stricken, Stopfen, Sticken) und theoretischen Kochunterricht (Zusammenlegung und Nährwert der verschiedenen Nähr- und Genussmittel, Früchte usw.). Das ganze letzte Schuljahr ausschließlich für theoretischen und praktischen Unterricht, mit dem Ziel, daß ein mittelgebildetes Mädchen ohne jede Mühseligkeit einen richtig figenden Strumpf stricken und gut stopfen kann, ebenso muß es ein gewöhnliches Hemd oder einen Rock machen und gut fütten können. Vom Kochen muß es soviel wissen, daß es nach den örtlichen Preisen weiß: Wieviel brauche ich ungefähr zu einem Essen für 3, 4, 5 oder auch 10 Personen von diesen oder jenen Speisen. Was kostet es? Auch muß es schon eine gewöhnliche Suppe, Kartoffelsalat und dergl. kochen können. Vom 14. bis 20. Lebensjahre müssen alle Mädchen, die nicht ausdrücklich im Haushalt beschäftigt sind, diese Vorkenntnisse in sogenannten Haushaltungsschulen soweit vervollständigen, daß sie fähig sind, eine einfache Jacke, Hemd oder Rock selbst zu machen und auch gewöhnliches Essen gut zu kochen. Jüwiler kann keine lernen. Ich begründe diese vielleicht für manchen wunderliche Forderungen damit, daß es bei unsern heutigen Verhältnissen in Industriegegenden und zumal in solchen der Textilindustrie für unsere jungen Mädchen ganz unumgänglich ist, sich soviel Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen, als zur Führung eines Haushalts nötig sind. Denn je kleiner der Verdienst, je schwerer das Haushalten. Sollen wir unsern Arbeiterstand wirtschaftlich heben, dann dürfen wir nicht nur an die Einnahmen denken, sondern auch viel mehr an die Ausgaben. Das Wirtschaften ist doch nicht so leicht, daß der gute Wille allein dazu genügt. Aber wo sollen die dazu nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten erworben werden, wenn die Mutter seit ihrer Kindheit alle Tage auf Arbeit in die Fabrik ging, die Tochter auch wieder, und so immer weiter? Man darf nur anpassen, dann wird man auch sehen, daß in vielen Arbeiterfamilien, wo Mann, Frau und Kinder in zerrütteten und schlecht gekleideten umhergehen, auch ja alle miteinander schlecht gekleidet aussehen. Und der Frau darf man dabei keinen gar zu großen Vorwurf machen; was kann denn sie dafür, daß sie alle anderen Arbeiterin gelernt hat, nur die nicht, die sie jetzt als Frau und Mutter braucht? In solchen Familien kann niemals eine volle Zufriedenheit herrschen, und dann heißt's: Die Frau taugt nichts. Und ganz ist der Zug in die Fabrik unter den Mädchen und Frauen härter denn je. Jede Fabrik, die junge Mädchen beschäftigt, mußte mindestens 20 Mark für jedes jährlich als Schulgeld bezahlen. Das was bis jetzt auf diesem Gebiet getan wird, ist wohl gut gemeint, aber weniggenügend. Was wird in der Schule jetzt nicht alles gelehrt und gelernt? Mit welchem unnützen Ballast werden die Köpfe unserer Kinder vollgepfropft? Nur das Wichtigste, was Deutsch ist, und was aus deutschen Mädchen deutsche Frauen macht, das sollen sie von jetzt lernen. Wohl deshalb, weil es nicht gelehrt genug ist? Ohne eine durchgreifende Forderung in der Mädchenerziehung kann niemals eine wirtschaftliche Hebung des deutschen Arbeiterstandes eintreten.

Ich fasse meine Forderungen dahin zusammen: 1. Schafft Schiedsverträge! Heigt der Welt noch

- mehr als bisher, daß wir keine vermeidbaren Kämpfe führen.
- Macht die Lore des Verbandes soweit auf, daß auch die Lauen eintreten und erzieht sie dann zu Gewerkschaftlern.
- Sch; dem deutschen Arbeiter.
- Weid dem deutschen Arbeiter die deutsche Hausfrau wieder durch geeignete Mädchenerziehung.

W. G.

Jedem das Seine.

II.

Aus Bieren wird uns geschrieben: Daß die „Deutschen“ in der Bewegung bei der Firma Pongs und Bahn nicht auf ihre Rechnung kamen, mögen dieselben ja schmerzlich empfinden, jedoch können wir nichts daran ändern. Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ und auch der rote „Textilarbeiter“ geben sich alle erdenkliche Mühe, der Biersener Arbeiterkraft zu beweisen, daß der Kollege Pech es versucht hatte, die Bewegung abzubrechen; es ist wahr, Kollege Pech gab sich alle Mühe, die Belegschaft der Firma Pongs und Bahn vor Schaden zu bewahren und legte den Arbeitern die Schattenseiten eines wirtschaftlichen Kampfes in Zeiten der Krisis klar.

Aber wer war es, der in einer Fabrikversammlung vor dem Streit erklärte: „Der Streit erscheint mir vollständig aussichtslos, ich rate deshalb ganz entschieden von demselben ab; es scheint mir, daß die Arbeiter der Firma Pongs und Bahn auf dem besten Wege sind, dasjenige, was sie in der guten Zeit durch die Organisationen errungen haben, mit dieser Bewegung wieder verächtlich zu wachen, und daß sie durch einen Streit in der jetzigen Zeit ihre Lage nicht verbessern, sondern im Gegenteil wieder herabdrücken.“ War dieses nicht der Gauleiter Wilhelm Reimes? Dieser Satz ist, weil er für die Ansicht eines Führers der „Deutschen“ bei dieser Bewegung bezeichnend war, von uns sofort aufgeschrieben. Was sagt nun die Arbeiterkraft, wer die Bewegung abzubrechen versuchte; was halten unsere Arbeiter von dem Gauleiter der Rollen?

Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ schreibt weiter, daß Pech in der verlogenen Weise den „Genossen“ Ludwigs beschimpft hätte, indem selbiger Ludwigs gesagt habe, der Herr Bahn begahle noch zu viel. Wenn die „Düsseldorfer Volkszeitung“ es abstreiten will, daß „Genosse“ Ludwigs beim Vorkellieren in Gegenwart des Arbeiters aus dem Herrn Bahn gegenüber erklärt hat: „Jawohl, das ist verhältnismässig zu viel, auf andern Stellen wird auch nur doppelter Lohn bezahlt, was ich arbeite auch!“ Dann fordern wir die „Düsseldorfer“ auf, ihren „Genossen“ Hubert Ludwigs in Bieren, Vorsitzender der Biersener „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, zu eruchen, gegen unsern Kollegen Pech wegen Verleumdung Klage zu erheben; wir werden diese Behauptung derart unter Beweis bringen, daß den „Düsseldorfer“ und sämtlichen Biersener „Genossen“ die Augen übergehen. Uebrigens fragen wir einmal an bei der „Düsseldorfer“ Lante, wer hat eigentlich den Kampf an die Deffektivität gezerrt, wer hat in der öffentlichen Versammlung Aufklärung gebracht und die Sache der Arbeiter entschieden vertreten? Hat die „Düsseldorfer“ schon vergessen, daß sie selbst eine kurze Notiz über das Referat in der öffentlichen Versammlung gebracht hat? War es der „Genosse“ Ludwigs oder der Kollege Pech, oder war es vielleicht der „Genosse“ van den Berg, der in der entscheidenden öffentlichen Versammlung referierte und das Gebahren der Firma kritisierte? Wer war es, der in der Biersener Tagespresse den Standpunkt der Arbeiter verteidigte? Vielleicht Ludwigs und seine „Getreuen“? Wer hat sich während des Kampfes ausgeglichen? War das nicht die „Düsseldorfer Volkszeitung“? Waren die Biersener „Genossen“ oder die „Düsseldorfer Volkszeitung“ zu dem oder zu feige, hier zum Nutzen der Arbeiterkraft energisch einzugreifen?

Weiter schreibt der rote „Textilarbeiter“: „Der christliche Führer Fritz Pech gab sich alle erdenkliche Mühe, um die bösen Notizen in der allerchristlichsten Weise zu beschimpfen.“ Will der rote Textilarbeiter es abstreiten, daß in der entscheidenden Versammlung vor dem Streit, wo die Kündigung beschlossen wurde, die beiden verantwortlichen „Führer“ der „Deutschen“ fehlten? Und mehr hat der Kollege Pech nicht behauptet in der Versammlung. Ferner aber erklärte der Kollege Pech, es erweise ihm sonderbar, daß der unverantwortliche „Genosse“ Winzen aus Krefeld an dem fraglichen Abend mit vollem Waden ins Feuer blies, während Gauleiter Reimes einige Tage vorher noch mit voller Macht brennte. Wo Reimes und Ludwigs sich befanden, wußte Kollege Pech nicht, war ihm nicht mitgeteilt worden und ging ihn auch weiter gar nichts an, für ihn genügte die Tatsache, daß beide nicht da waren, und daß die „Taktik“ des „Genossen“ Winzen im Gegensatz zu derjenigen des „Genossen“ Reimes und Ludwigs stand. Satten wir da nicht alle Verantwortung zu schreiben: „Beide fühlten das Unhaltbare ihrer Position heraus und zogen es deshalb vor, lieber nicht zu erscheinen.“

Aber die „Düsseldorfer“ Lante sieht dem „Bruder“ Textilarbeiter nicht nach, sie schreibt: „Pech verkehrte mit dem Herrn Bahn noch im vertraulichen Briefwechsel, und haben auch schon vertrauliche Sitzungen zwischen diesen beiden Herren stattgefunden.“ Nun die „Düsseldorfer Volkszeitung“ konnte es ja nicht wissen, daß der „Genosse“ Ludwigs diese Verleumdung schon am 21. Juli dieses Jahres in Gegenwart des gesamten Arbeiters aus dem Herrn Bahn annehmen mußte, deshalb brachte sie diese Verleumdung am 28. Juli ihren Lesern brühwarm. Oder wußte die „Düsseldorfer“ dieses doch? Dann handelt sie wohl nach dem bekannten Grundsatz: Verleumde nur wieder drauf los, es bleibt doch etwas hängen.“ Die „Düsseldorfer“ weiß wohl ferner nicht, daß „Genosse“ Ludwigs in einer Part besagten Fabrikversammlung am 5. August erklären wußte, daß Kollege Pech nach dem Streit mit dem Herrn Bahn in keinem vertraulichen Briefwechsel gestanden habe. Die „Düsseldorfer“ braucht dieses alles wohl nicht zu wissen. Sie weiß auch ferner nicht, daß „Genosse“ Ludwigs nach dem Streit (nach seinen eigenen Ausführungen in der Versammlung am 5. August) selbst mit dem Herrn Bahn noch verhandelt hat, ohne daß sonst irgend jemand etwas davon wußte.

Der rote „Textilarbeiter“ schreibt dann weiter, daß in der Mitgliederversammlung am 7. Mai dem Führer Pech allerhand Spitznamen wie „Lump“

„Führer“ und „Verleumder“ zugerufen wurden. Wir bieten dem Einlenker der Textilarbeiterzeitung 100 Mark als Belohnung, wenn er einen unserer Kollegen bringt...

Der rote „Textilarbeiter“ fährt dann fort: „Es muß weit gekommen sein, wenn christliche Mitglieder ihren Führer mit Biergläsern auf den Kopf schlagen wollen? Gewiß, wenn das wahr wäre, dann müßte es weit gekommen sein, dann ständen diese unsere Mitglieder grade so tief in unserer Achtung wie der „Genosse“ von Trecht aus Bieren...“

Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ beschäftigt sich dann noch mit einigen internen Angelegenheiten der Ortsgruppe Bieren. Wir sagen nun, ein Schnüffel- und Spionagesystem besteht bei uns nicht, aber — die Bieren „Genossen“ mögen mal zuerst den Dreck vor ihrer eigenen Tür fegen und sich dabei von der „Düsseldorfer Tante“ gründlich unterfassen zu lassen, sonst könnten wir einmal gezwungen werden, ordentlich den Bieren Parteiführer zu durchgraben und der hiesigen Arbeiterschaft ein wenig schönes Bild zeigen.

„Deutsche“ Toleranz.

Man bekommt selten eine Nummer des Verbandorgans der „deutschen“ Textilarbeiter in die Hand, in der nicht die Nachener Genossen in den beweglichsten Tönen über die Unbilligkeit unserer dortigen Kollegen klagen, die durch ihre „brutale Vergewaltigung der Minderheit“ ein Zusammengehen der beiden Organisationen bei Lohnbewegungen unmöglich macht.

Um nun den Nachener „Genossen“ doch mal den Gefallen zu erweisen und um gleichzeitig die „deutsche“ Toleranz und Wahrheitsliebe in's rechte Licht zu rücken, wollen wir nur das Verhalten der Leitung des rechtsrheinischen Gaus bei Gelegenheit der Wandwerkerbewegung im Bergischen hier anführen. Wir fühlen uns umso mehr dazu veranlaßt, weil auf der letzten Wandwerkerkonferenz in Ronsdorf unseren Kollegen, welche die verlogenen Behauptungen des Gauleiters Steinbrink richtig stellen wollten, einfach das Wort entzogen wurde.

Herr Steinbrink begründete die Ausschaltung unseres Verbandes damit, daß im vorigen Jahre die Lohnkommission der Wandwerkergehilfen in unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ in der schmutzigsten und häßlichsten Weise angegriffen worden sei. Deshalb sei auch das unsern Verbands angehörende Kommissionsmitglied nicht mehr zu den Sitzungen eingeladen worden.

Es gibt eine Sorte Spitzbuben, die, wenn sie erwischt und verfolgt werden, „halten den Dieb, haltet den Dieb!“ schreien. Eine solche Spitzbubentaktik wird auch von manchen „Genossen“ unserem Verbands gegenüber angewandt. Obgleich die Wandwerker-Lohnkommission nicht in einem einzigen Artikel oder Bericht unseres Verbandes angegriffen, ja nicht einmal erwähnt worden ist, jaugt sich Steinbrink obige Behauptung aus den Fingern, nur zu dem Zwecke, mit solchen Scheingründen die Ausschaltung unseres Verbandes den Konferenzensteilnehmern gegenüber zu rechtfertigen.

gegriffen, unsere Führer in der schmutzigsten und unflätigsten Weise verleumdet und verdächtigt. Nach Ansicht des Gauleiters Steinbrink ist es deshalb ganz selbstverständlich, daß, solange ein solches Vorgehen von den „Genossen“ beibehalten wird, von einer Anerkennung keine Rede sein kann.

Aus dem Verbandsgebiete.

Resultat der Delegierten- und Ersatzmännerwahl zur Generalversammlung 1908.

Table with 3 columns: Rang, Delegierte, Ersatzmänner. Lists names and addresses for various districts like Bielefeld, Hamm, etc.

Table with 3 columns: Rang, Delegierte, Ersatzmänner. Lists names and addresses for districts like Bielefeld, Hamm, etc.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten. Streik in Eupen.

Schon seit längerer Zeit besteht bei der Firma B. J. Strom in Eupen ein gespanntes Verhältnis zwischen der Fabrikleitung und der Arbeiterschaft. Schon im Februar dieses Jahres wurden angeblich wegen Arbeitsmangel 11 Weber entlassen...

schuß. Bei einer solchen Arbeit hat der Weber seine Hände voll, wenn er einen Stuhl bedient, da, genau gerechnet, er jede zwei Minuten eine Spule einlegen muß und auf dem Doppelstuhl jede Minute eine. Jeder Fachmann wird einsehen, daß dem Weber keine Zeit übrig bleibt, die beiden Stühle zu übersehen, um etwaige Schäden zu verfallen, nur die Firma nicht.

Die Firma rechnet weiter auf Arbeitswillige. Eine Vermittlung seitens der Bezirksleitung war ergebnislos. Die Belegschaft steht geschlossen zusammen, und Arbeitswillige, außer dem Bureau-personal, wird die Firma hoffentlich nicht finden.

M.-Gladbach.

In Nr. 33 des „Textilarbeiters“, Organ des sozial. Textilarbeiterverbandes, bringt Genosse Panhuis, Filialleiter in M.-Gladbach, einen Artikel, welcher sich mit der Bewegung der Firma Karl Brandts befaßt. Am 7. Juli wurde den Weibern dieser Firma bekannt gemacht, daß auf einem Artikel 1/2 Pfg. und auf einem andern 1 Pfg. weniger gezahlt würde.

Auf einer Belegschaftsversammlung, wo Kollege Denken den Bericht der Verhandlung gab, zeigten die Arbeiter mehr Interesse zu der Frage des Doppelstuhls, als zu der Lohnfrage. Das Zweistuhlsystem wurde eingehend besprochen, und man kam zu einer Abstimmung, welche ergab, daß dieses System abgelehnt wurde.

Die Taktik und das zweideutige Verhalten des Genossen Panhuis ist leicht zu erraten. Weil hier nicht viele Mitglieder des deutschen Verbandes in Frage kommen, wird jedes Mittel zur Agitation benutzt. Es wird deshalb an die Leidenhaftesten der Mitglieder appelliert, um sie zu sich herüberzuziehen.

Auch empfehlen wir dem Genossen Panhuis die Nummer 32 des sozial. Textilarbeiters zu studieren, so wird er finden, daß jene Genossen im Kreis-Geraer, Reichensbacher, Meeraner, Glauchauer Bezirk fruchtbar auf dem Zweistuhlsystem in den Kammerwebervereinen beschäftigt sind.

ganzen, wolle ihr nicht dazu kommen, drei Stühle zu bedienen, dann heraus aus dem deutschen Textarbeiterverbande.

Großschönau (Sachsen).

Im Betriebe von 27 St. u. 3 Hühner hier wurde am 1. August für einige verhältnismäßig besser bezahlte Artikel eine Lohnverflechtung angekündigt.

Mergheim (Ober-Sachsen).

Eine erfolgreiche Bewegung. Die Weber der hiesigen Firma Herrtraten vor etwa drei Wochen in den Ausstand. Die Arbeiter hatten in letzter Zeit sehr unter indirekten Lohnreduzierungen zu leiden.

Aus unserm Bezirke.

Baden.

Strombach. Die am 18. Juli stattgefundene Mitglieder-Verammlung hätte besser besucht sein können. In der reichhaltigen Tagesordnung war auch ein Vortrag des Kollegen Hoffmann vorgesehen.

als tüchtige und eifrige Leiter bewähren. Zum Schluß der Versammlung hielt unser Kollege Kiefer noch einen interessanten Vortrag.

XI. Bezirk (Gau Vogtland).

Der Bezirksleiter Kollege Kümmele sprach am 13. August in Mänschenbernsdorf, am 14. August in Greiz und am 18. August in Gera über unsere Verbandsgeneralversammlung.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Epe. Trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung wies unsere letzte Versammlung doch wieder einen schlechten Besuch auf. Als erster Punkt stand der Kasinenbericht des letzten Quartals zur Beratung.

Fulda. Eine als Vertrauensperson in der Agitation mit Erfolg tätige Kollegin schreibt uns: Die christlichen Arbeiterberufsorganisationen üben auf ihre Mitglieder eine erzieherische Wirkung aus.

Günz. Der Meister in der Holzfabrik Krähmühle hier selbst scheint jedenfalls der Meinung zu sein, daß die „überaus vornehmen und gewöhnlichen“ Ausdrücke, die er im Berkehr mit seinen ihm unterstellten Arbeiterinnen anzuwenden für gut findet, zum „guten“ Ton gehören.

Gronau. Am Sonntag, den 16. August hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab. Zur Beratung standen die Anträge zur Verbandsgeneralversammlung.

Gronau. Wie auch zur Zeit der Krise die christliche Organisation Vorteile für die Arbeiterkraft bringen kann, davon wieder ein Beispiel. Die Ortsgruppenleiterin Gronau zahlte bislang als Krankengeld die Hälfte des ordentlichen Tagelohnes.

Stafelshausen mit erhöhten Beitragsleistungen einzuführen. Der Vorstand der Ortskrankenkasse hielt nun am Freitag, den 21. August eine Sitzung ab.

Schüttorf. Nachdem in der Versammlung am 15. August einige kleinere Angelegenheiten erledigt waren, wurden die Anträge zu unserer Verbandsgeneralversammlung besprochen.

Gewerkschaftliches.

Aus gegnerischen Organisationen.

Gewerkschaftsgelder für Parteizwecke. Im Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg heißt es auf Seite 55:

Ob diese Summen nicht besser während der jetzigen Krise zugunsten der arbeitslosen oder gemäßigten Gewerkschaftler, oder zur Abwehr mancher Lohnherabsetzungen benutzt werden könnten?

Warum sie zu den Gelben gingen. In der Verwaltungsstelle Magdeburg des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes werden in den Bezirksversammlungen die Namen der aus dem Verbandsausgetretenen verlesen und dabei soweit als möglich die Gründe des Austrittes angegeben.

Da hat jemand dem Verband den Rücken gekehrt, weil er, wenn er noch länger Mitglied bliebe, von seinem Vater aus dem Hause geworfen werden soll.

Das sind die Gelben, die angeblich die Arbeiterbewegung „gehandelt“ sollen. Die Arbeitgeber ziehen sich nette Plauschen groß.

Theorie und Praxis. In Mainz stellte die christliche Arbeiterkraft an die sozialdemokratische Ortsgruppenverwaltung den Antrag, die Verhältniswahl einzuführen.

Allgemeines aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften in Hessen. Im Auftrage des Ministeriums des Innern wurden im Oktober 1907 die hiesigen Gewerbeinspektoren beauftragt, eine Erhebung zu veranstalten über die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter des Großherzogtums Hessen.

der Gewerbeinspektoren (1907) vorhanden 71 798. (Arbeiterinnen über 21 Jahre 9210.) Bieht man die 71 796 männlichen Arbeiter in Betracht, so sind 74,7 Prozent oder rund drei Viertel derselben organisiert.

Von diesen 53 645 organisierten Arbeitern entfallen auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften allein 48 576, auf die christlichen 4069 und auf die übrigen 6800 Mitglieder.

Die Arbeiter in der Provinz Sachsen, die mit 1000 Mann sehr schwach vertreten sind, haben ihren Hauptstützpunkt in Wernitz mit 590 Mitgliedern dort. Mainz zählt 266 und Bensheim 144. Darmstadt, Offenbach sowie die Provinz Oberhessen weisen keine Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf.

Der Umstand, daß bereits 75 Prozent der Arbeiter organisiert sind und von diesen 90 Prozent den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören, erklärt die schwierige Agitation und den langsamen Aufstieg der christlichen Gewerkschaften in Hessen.

Briefkasten.

Die Anträge Nummer 61—66—88 sind nicht von der Ortsgruppe Bocholt, sondern von dem Bezirk Bocholt-Gronau gestellt worden.

Verammlungskalender.

- Biettrath. 29. Aug., 8 1/2 Uhr, bei Leonh. Schürten.
Bocholt. 30. Aug., Abrechnung der Vertrauensmänner.
3. Sept., 8 1/2 Uhr, im Arbeiterverein.
6. Sept., 5 Uhr, im Arbeiterverein Partell-Versammlung.
Vergheim. 30. Aug., Abrechnung und Vertrauensmänner-Versammlung.
Weghalden. 30. Aug., 11 Uhr Generalversammlung bei Stamm.
Gottshaus. 5. Sept., 8 Uhr, A. Döring (kleiner Saal).
Dahlschhausen a. d. Wupper. 6. Sept., 2 Uhr, bei Gustav Meyer.
Dingelshausen. 29. Aug., 8 Uhr, im „König von Preußen“.
Dillfeld. 30. Aug., 11 1/2 Uhr, bei Matias Lemmelen.
Glanbach. 5. Sept., 1/2 Uhr, im Arbeiterhaus.
Hohberich. 6. Sept., 11 Uhr, bei Konr. Wipfels.
Mörs. 30. Aug., 11 Uhr, bei F. Laproggen, außerordentliche Versammlung.
W. Gladbach-Ehrich. 29. Aug., 8 1/2 Uhr, bei Wälsch, Neuberger, öffentliche Versammlung.
Gardt-Besch. 30. Aug., 6 Uhr, bei Hubert Poggen, Mühlentisch.
Neuenkirchen. 29. August, 8 1/2 Uhr, bei G. Jorking, öffentliche Versammlung. Referent: G. M. Schiffer-Dillfeld.
Lehr. 6. Sept., 10 1/2 Uhr, bei Heinrich Kramps.
Schtrupp. 30. August, 3 1/2 Uhr, bei Frau Ww. Fischer, große öffentliche Versammlung.
Reichenau i. S. 7. Sept. (nicht l.), 8 Uhr, im Gasthof zur „Stadt Jütten“, Generalversammlung.
Rheinbach. 30. August, 1/10 Uhr, bei Mandelack.
Rheps. 29. August, 8 1/2 Uhr, bei Paffen, Generalversammlung.
Waldhausen. 5. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Joh. v. b. Burg.
Wickath. 6. Sept., 10 1/2 Uhr, bei Peter Freyung.

St. Tonis. Sonntag, den 6. Sept., außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschafts-Konsumvereins „Vereinigung“ e. G. m. B. H., morgens 11 Uhr im oberen Lokale des Herrn Rensmann. Tages-Ordnung sehr wichtig! Alle pünktlich erscheinen! S. A.: Engelbert Bittig. (Nr. 140) Vorsitzender.

Nachen.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 27. September in Nachen statt. Näheres wird bekannt gemacht. Gemäß § 35 des Statuts werden die Ortsgruppen gebeten, die Delegierten zur Konferenz zu wählen. S. A.: F. Sifenich, Nachen.

Literarisches.

Der Arbeiter-Ausschuß im Bergbau. Von Hermann Bogelwang. 72 Seiten. Preis 50 Pfg. Die durch Gesetz im Jahre 1905 im preussischen Bergbau eingeführten Arbeiterausschüsse wurden von den Arbeitgebern mit Mißtrauen angesehen, von den sozialdemokratischen bekämpft, von vielen Arbeitern nicht richtig gewürdigt, aber trotzdem vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter im Interesse der Arbeiter ausgenutzt.

Mitglieder,

agitiert für den Verband!